

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köpfer in Stettin.
Berleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hansen & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin, Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.

Deutschland.

Berlin, 19. Juli. Ein Telegramm aus
Stockholm, 18. d., berichtet:
„Die Yacht „Hohenzollern“, mit dem Kaiser
Wilhelm und der Kaiserin Augusta Victoria an Bord,

ist heute Vormittag auf der Rode von
Wesby eingetroffen. Eine zahlreiche Menschen-
menge erwartete auf dem Quai die Ankunft des
Schiffes. Die Häuser der Stadt und die Schiffe
waren reich besetzt. Der Kaiser und die
Kaiserin begaben sich mit ihrem Gefolge um
5 Uhr 15 Minuten an Land und unternahmen
eine Fahrt durch die Stadt und nach den Ruinen.

Das Diner nahm das Kaiserpaar am Bord der
„Hohenzollern“ ein. Am Abend wird zu Ehren
des Kaisers und der Kaiserin in den Ruinen ein
Fest stattfinden. In den beleuchteten Ruinen
werden Szenen aus dem kühnsten Leben des
Mittelalters, sowie aus der Zeit der Hanse,
verbunden mit Gesängen, zur Darstellung ge-
langt.“

— Vom Kriegsschauplatz in der Zentrum-
partei sind wieder einige Vorgänge zu verzeichnen.
Graf Vallestrom hat folgendes Schreiben an die
„Schlef. Volksztg.“ gerichtet:
„In einem an Herrn von Schalscha adre-
sirten und „Graf Hompesch“ unterzeichneten
Briefe, welchen Sie in der heutigen Nummer
Ihrer geschätzten Zeitung veröffentlicht, wird
auch meine Person in einer Weise erwähnt, welche
mich zwingt, aus der von mir bis jetzt beobach-
teten Reserve herauszutreten. Im Gegensatz zu
dem betreffenden Briefe erkläre ich, daß ich Herrn
Dr. Kieber niemals eine Anerkennung über irgend
eine seiner die Militärvorlage betreffenden Reden
ausgesprochen habe und aus denselben Gründe
auch keine Verworbung förmlich zurückgezogen
habe. Dieses bitte ich zur Steuer der Wahr-
heit zu veröffentlichen.“

— Ferner theilt das genannte Blatt ein
Schreiben des Amtsgerichts raths Kocha mit,
worin er seine Mandatsüberlegung gegenüber
dem Vorsitzenden des Zentrumswahlkomitees
Wahlkreises, Herrr Schmidt in Kattowitz,
mittheilt; es heißt darin:
„Nach Durchsicht der Wahllisten habe ich
mich davon überzeugen müssen, daß tausende
meiner Wähler auf einem anderen politischen
Standpunkte stehen und nur als Freunde der
Militärvorlage für mich in der Voraussetzungen
gestimmt haben, daß ich in ihrem Sinne für die
Militärvorlage stimme. Tausend meiner Wähler
sind wiederum Gegner der Militärvorlage. Diese
verlangten von mir Verwerfung der Vorlage. Von
den Freunden der Vorlage werde ich bereits für
den Fall meiner „negativen“ Abstimmung der
„Ausschussung“ bestraft. Ein gleicher Vorwurf
und gleichzeitig der Vorwurf des Verzuges an
dem Zentrum wird schon jetzt aus meinem Wahl-
kreise und von politischen Freunden für den Fall
gemacht, wenn ich mit „Ja“ stimme. Außer
Stande, den Konflikt zu lösen, bin ich — aller-
dings sehr schweren Herzens — zu dem Ent-
schlusse gelangt, das Mandat, welches ich übrigens
nicht gesucht, sondern nur auf dringendes Er-
suchen der Vertrauensmänner der Zentrum-
wähler angenommen habe, in die Hand meiner
Wähler zurückzugeben.“

— Von Deutschen, welche die Weltausstellung
in Chicago besichtigt haben und hierher zurückge-
kehrt sind, wird berichtet, daß dieselben die Unter-
richts-Ausstellung des Kultusministeriums nicht
weniger bewundern gnielt, als die übrigen schon
vielfach in den Zeitungen hervorgehobenen Ab-
theilungen des deutschen Reichs. Professor Dr.
Wachel hat als Führer in dieser Unterrichts-
Abtheilung erklärt, daß täglich Angehörige fast
aller Nationalitäten zu ihm kommen, sich die
Einzeltheile erklären lassen und einstimmig sich
in der Anerkennung und Bewunderung der
Leistungen Deutschlands auf diesem Gebiete.
Diese Anerkennung erstreckt sich auf alle Theile
des vorhandenen Unterrichtswezens im weitesten
Sinne; doch scheinen nach den Ausfertigungen des
genannten Vertreters die medizinischen Präparate
auf alle Kenner einen besondern Eindruck zu
machen.

— Von seinem Spezial-Berichterstatter er-
hält das „B. Z.“ aus Sanjibar, 19. Juni, nach
folgendem Bericht:
„Oberst v. Schele, der stellvertretende Sou-
verneur von Deutschostafrika, wird im Juli eine
entscheidende Expedition nach dem Kilimandsjaro
unternehmen. Es ist Alles, sowohl an der Küste
wie im Hinterlande, vorbereitet. Sobald mit der
Wochensenden abgerechnet ist, wird mit dem Wa-
gehohes ebenfalls durch Oberst v. Schele ein grün-
liches erstes Wort gesprochen werden.

Bagamoyo löst an Verhaftigkeit des Verkehrs
nichts zu wünschen übrig. Meiner Schätzung
nach waren über zehntausend Träger in der
Stadt. Ueber dreitausend Träger begegneten mir
in Singellarawanen zwischen Mambona und dem
Nusufu. Mit der Absicht des größeren Souver-
neurs, die Karawanen künftig nach Darafsalam
zu leiten, muß unbedingt gehoben werden. Die-
selben wurden auf Befehl des früheren Komman-
danten von Gabora (nicht Lieutenant Sigh) die
Karawanen gewissermaßen gezwungen, nach
Darafsalam zu wandern. Zwei Tage vor Bagamoyo
fung mich jetzt eine Unzahlschwarm-Karawane, wo
Darafsalam liegt; sie hätten Befehl, nur nach
Darafsalam zu gehen. Ich habe mir von dem
Befehl bzw. Paktiraden eine Abschrift genom-
men. Ich habe auch Herrn Oberst v. Schele
Mittheilung davon gemacht. Es widerspricht dies
ganz und gar auch seinen Ansichten. Bagamoyo
muß der bedeutende Platz bleiben, aus vielen
Gründen; später können ja die Neges von Bag-
amoyo aus per Bahn nach Darafsalam fahren,
wenn man es nicht vorzieht, in Bagamoyo ein
Korallensteinbrechwasser 4 Meilen weit in die
See hinaus zu hauen (10 bis 20000 Träger
gehen 3 bis 4 Monate des Jahres müßig in
Bagamoyo), das dann verwachsen und einen
sicheren Hafen gegen jeden Sturm bieten würde.
Das kann in wenigen Jahren mit einer Viertel
Million geschaffen werden. Darafsalam, wobei
ich mit Genehmigung des Obersten v. Schele
fahre, ist noch der liebliche, friedliche Hafen. Un-
gesehen fiel mir auf, daß ich weniger bunte
Wägen und mehr Kleinhandel in Darafsalam be-
obachtet konnte.

Es weht ein fröhlicher Wind in Darafsalam;
er war dringens notwendig! Herr von Schele
hat mich empfangen, und ich habe mich aus-
sprechlich können. Ich bin berührt aus Darafs-
lam abgehrt u. „Wir haben jetzt den richtigen
Wann, am richtigen Plage“ — Herr von

richtige Auffassung, warmes Interesse für die
kolonie, rascher Entschluß, schnelle Ausführung.
Herr v. Schele ist Militär und Nationalökonom;
er ist scharf, aber human. Wenn Herr v. Schele
das, was er beabsichtigt, ausführen kann — ich
meine, wenn er die Mittel dafür bekommt — so
wird Deutsch-Ostafrika in zehn Jahren unsere
blühendste, werthvollste Kolonie sein. Es war
hohe Zeit!

Ich fahre morgen abermals nach Darafsalam
zur Rücksprache mit Herrn v. Schele, ich be-
absichtige dann mit Erlaubnis des Gouverneurs
unsere Kistenplantagen anzusehen und nach San-
jibar zurückzukehren, um mit dem deutschen
Dampfer „Kaiser“ am 6. Juli nach Europa zu
reisen.

Sir Gerald Portal, der englische Bevollmäch-
tigte für Uganda, wird nicht im Juli via Kitju
und Utambani nach der Küste zurückkehren, son-
dern vielmehr erst im August über den Tana-
nasee, den er möglichst weit befahren will. Eine
längere Handelsroute soll von der englischen
Küste aus über den Tana und Kenia nach dem
britischen Unterequatorgebiete in Aquatorial-Afrika
geschaffen werden.

Wreslau, 18. Juli. Am 1. Oktober d. J.
wird das Füsilierbataillon des 10. slesischen
Grenadier-Regiments aus Schweidnitz hierher ver-
legt, wo das Regiment konzentriert wird. Von
dem in Glatz garnisonirenden 38. Regiment kommt
der 1. und 2. Bataillon nach Schweidnitz, das
dritte nach Reichenbach, ein viertes Ba-
taillon wird in Schweidnitz gebildet, wozu noch
eine Abtheilung Artillerie zu liegen kommt.

Im laufenden Steuerjahre sind hier rund
2 1/2 Millionen Mark Steuern anzubringen, und
zwar 13 1/2 Millionen für Reich und Staat und
1 1/2 Millionen für die Staatsgemeine. Diese
Steuern sind um 3 1/2 Millionen oder rund 20
Prozent höher veranschlagt als im Jahre 1891
bis 1892.

Halberstadt, 16. Juli. Heute vor 50 Jah-
ren ist die Wagdeburg-Halberstädter Bahn eröffnet
worden. Im Frühjahr 1841 bildete sich ein Aus-
schuß für den Bau der Bahn und Anfang August
des nächsten Jahres konnte das Ergebnis der
Aktienzeichnungen mitgetheilt werden. Wie die
„Halberstädter Zeitung“ mittheilt, hatten sich
der Herzog von Braunschweig 100 000 Thaler,
die Stadt Braunschweig 300 000, die Herren
Dommerich u. v. vobede in Braunschweig 284 300,
die Stadt Halberstadt 230 000, die Herren Ge-
brüder Bredde und Karl von Ten in Halberstadt
245 700, die Herren Morgenstern, Schulze und
Zuchswert in Wagdeburg 69 000, die Herren
Zantl u. Wagner und Wendelsohn u. Co. in
Berlin 2300, zusammen 1 251 300 Thlr.; die ge-
werderte Summe betrug aber 1 700 000 Thlr.
Da jedoch die Stadt Wagdeburg sich noch mit
300 000 Thlr. betheiligte, so war das Unter-
nehmen gesichert. Der Bau nahm zwei Jahre
in Anspruch.

Aus Kuchessen, 17. Juli. Der Kreis-
tag des Kreises Hersfeld hat den Antrag des Kreis-
ausschusses genehmigt und zur Steuerung der
auch in hiesiger Gegend vorhandenen großen
Streu- und Futterheu einen Betrag von
60 000 Mark zur Verfügung gestellt, für welchen
Streu- und Futtermittel befreit und den In-
teressenten zum Selbstkostenpreise überlassen
sollen. Ferner sind bereits 2000 Zentner Weis
angekauft worden. Im Fall des Bedürfnisses
wird eine Stundung des Kaufgeldes gewährt und
zwar auf Wunsch sogar bis zum 1. Januar
1895. Allen anderen Kreisen darf dieses zur
Nachahmung empfohlen werden.

Dresden, 18. Juli. Die Nachricht, daß
Prinz Max von Sachsen, der Neffe des Königs
Albert, zu Eichtstädt ins Kloster gegangen ist,
erregt in dem evangelischen Sachsen das größte
Aufsehen. Das Amtsblatt von Eichtstädt, wo der
Prinz zuletzt in Garnison stand, begleitet das Er-
gebnis mit folgendem Kommentar:
„Da auch bei uns in Sachsen der Grund-
satz gilt, daß Jeder nach seiner Façon selig werde,
so würde diese Thatfache an sich Niemand näher
berühren; allein sie hat einen hochbedeutenden
politischen Hintergrund, der jeden Vaterlands-
freund mit Sorge in die Zukunft blicken läßt.
Es handelt sich hier nicht um eine Privatperson,
sondern um einen Prinzen des königlichen Hauses,
den Neffen des Königs. Man fragt sich unwill-
kürlich: Wie war es nur möglich, daß der jugen-
liche, hochbegabte, hochgebildete und wohlunter-
richtete Prinz, der sich in Ehren die Doktorwürde
erworben hat, seine Laufbahn aufzugeben und den
verhängnisvollen Schritt thun konnte? Ganz
sicher nicht völlig aus sich, aus eigener Ent-
schliesung heraus, sondern nur unter dem Drucke
eines mächtigen Einflusses. Und wo dieser zu
suchen ist, darüber kann Niemand im Zweifel
sein. Man geht sicher nicht fehl, wenn man hier
auf den Einfluß des Jesuitismus zurückkommt,
wie er in dem Bischof Wahl zu Dresden reprä-
sentiert wird. Man weiß, wie regelmäßig der
Prinz die von diesem abgehaltenen Gottesdienste
besuchte, und man erinnert sich, wie gerade dieser
Wann es war, der gegen den Schluß des vorigen
Landtages sich berufen sah, in der ersten Kam-
mer auf besondere Weisung aus Rom die Auf-
hebung des die katholische Kirche betreffenden
sächsischen Gesetzes vom Jahre 1876 zu verlangen.
Es gelang ihm nicht, damals den Kulturkampf
nach Sachsen zu tragen, aber daß er im Sinne
und Geiste Roms die Macht des Katholizismus
in Sachsen mit allen Mitteln auszuwehnen nicht
untersagen werde, das beschränkt Jedermann von
ihm. Der Gang des Prinzen ins Kloster ist eine
Wirkung dieser Bestrebungen.“

Wir glauben doch, daß das sächsische Blatt
dem Lebertritt eines Prinzen ins Kloster zu viel
Bedeutung beimißt. Heutzutage beruht das
Wesen des Staates auf seinen Institutionen. Die
Personen treten zurück. Wenn also der Jesuitis-
mus in Sachsen keine größeren Erfolge erzielt, —
dieser kann man ihm schon gönnen. Dem Pro-
testantismus ist der katholische Prinz ja doch
verloren gegangen.

Dresden, 18. Juli. Die deutsche
Schiffahrtsgesellschaft „Kette“ nimmt heute, da
die Wasserstandsverhältnisse sich gebessert haben,
die Fahrten zur Güterförderung wieder auf.

Münberg, 18. Juli. Die bairische frei-
willige Organisation wird voraussichtlich die Be-
zeichnung „Deutschfreiwillige Partei in Baiern“
annehmen.

Militärbehörden im Verkehr mit den Zivilbehör-
den gebraucht wird, in der ungarischen Delegation
begonnen, wird nun journalistisch fortgesetzt. Die
wegen eines deutschen Schreibers des kaiserl.
Korpskommandanten Fürsten Kobovskij an den
kaiserl. Magistrat vom Delegirten Szell erobene
Beschwerde war von Seite des Kriegsinstitutums
in einer sehr weitgehenden Deferenz beantwortet
worden, welche indirekt einen Zaehl gegen den
deutsch-schreibenden Korpskommandanten involvierte.
Man publizirt „Magyar Hirlap“ zwei neuerliche
deutsche corpora demel und fordert in einem
offenen Briefe den Ministerpräsidenten auf, solche
Verfälschung der magyarischen Staatsprache nicht
zu dulden. Gleichzeitig wird aber Verleerle in
diesem, in anderen Organen der National-
partei stets aus der gehorfanste Befolger aller von
Wien und aus Armeestreifen kommenden Winte
dargestellt, wäher auch der Krone gegenüber die
nationale Würde nicht wahr, und auch in der
heiß angeführten Qualifikation des Hofrates keine
Erfolge aufzuweisen vermöge. Zur Paraphrasirung
dieser oppositionellen Anwürfe sucht dafür im
„Besti Hirlap“ der davorwärtige liberale Abge-
ordnete Gulyas Behisch, äußerste Linke und
Nationalpartei in der Entwicklung nationaler
Aspirationen noch zu überreffen und fordert z. B.
aus Anlaß des drohenden Besuchs von Rumänen
aus dem Konigreich in Hermannstadt und der
darauf bezüglichen Ausfertigungen der Kulturliga
vom Grafen Kalnoky die Abfertigung eines Uti-
matus nach Bukarest als Erweiterung der
Bundesstreue Ungarns gegenüber den italienischen
Brudern. Wie staatsreu im Gegensatz zu
der Triestiner Bevölkerung die ebenfalls italie-
nischen Bewohner Rumens aus ungarischen Staats-
geanteln hängen, haben letzter Lage in mehreren
Lorsten die Teilnehmer eines aus der Ferle des
Quarnera nach Debregzin gemachten Ausfluges
der Durchreise in Pest in enthusiastischen
Trostsprüchen verjährt. Freilich kommt der
Führer Patriotismus der ungarischen Staats-
kräfte recht hoch zu stehen.

Wien, 18. Juli. Die sozialistischen Kund-
gebungen zu Gunsten des allgemeinen Stim-
rechts dauern fort. Gestern fanden in Wien und
Graz statt besuchte hierauf bezügliche Versammlun-
gen statt, welche fürmlich verliefen. Zwischen
den sogenannten „Unabhängigen“ und den „offi-
ziellen“ Sozialisten kam es zu einem heftigen
Konflikt.

Reichenberg i. Böhmen, 18. Juli. Auf
der Straße Nebenau-Reichenau der Süd-Nord-
deutschen Verbindungsbahn ist in Folge eines
Fehlversuchs der Güterverkehr vollständig unmög-
lich geworden; der Personenverkehr wird mittelst
Umstiegens der Passagiere aufrecht erhalten.

Frankreich.
Paris, 18. Juli. Die am 1. Oktober d.
J. vorgesehene Neu-Errichtung zweier Kavallerie-
Regimenter betrifft das 31. Dragoner- und das
14. Husaren-Regiment; ersteres wird im Lager
von Chalons, letzteres in Alencon nach dem Ent-
schlusse der Truppen aus dem Manoeber in die
Garnison errichtet. Abweidend von dem früheren
Gebrauch werden diesmal von dem älteren Re-
gimentern nicht ganze Schwadronen, sondern nur
einzelne Züge abgegeben, und zwar entfallen dabei
zweiundzwanzig Züge auf zehn Dragoner-Regimenter
und ebensovielle Züge auf sieben Husaren- und sieben
Husaren-Regimenter. Durch diese Maßregel
glaubt man die älteren Regimenter am wenigsten
zu schwächen und die Verschmelzung der neuen
Regimenter in kürzerer Zeit herbeizuführen als
früher.

Paris, 18. Juli. In der Deputiertenkam-
mer interpellirte Drusus die Regierung über die
Siam-Frage und fragte an, was die Regierung zu
ihm geantwortet. Der Minister des Auswärtigen,
Dewelle, führte aus, Frankreich habe die Ueber-
griffe der Siamen nicht dulden können, welche
sie die unter französischem Protektorat stehenden
Gebiete benennend gewesen seien. Frankreich
gibt sich wieder in den Besitz des linken Melezo-
nges legen müssen. Im Verlaufe dieser Opera-
tionen hätten sich mehrere Zwischenfälle ereignet.
Der französische Inspektur Grosgrain sei in seinem
Bett auf Befehl siamesischer Mandarinen ge-
tödtet worden. Siam habe, ohne die That-
sachen zu bestritten, um Zeit gegeben, um eine
Untersuchung anzustellen, und es habe zugleich
viele Säbne versprochen. Die französische Re-
gierung habe vor etwa acht Tagen den Deputir-
ten de Meye de Bilers abgeschrieben, damit derselbe
die rechtmäßigen Forderungen Frankreichs ver-
trete. Der Vorwurf, daß er (Dewelle) Frank-
reich mit Rücksicht auf England habe zurückweichen
lassen, sei ungeschickt. Der englische Bot-
schafter Lord Dufferin habe erklärt, England
werde Frankreich in keiner Weise im Wege sein.
Er (Dewelle) habe daraufhin versprochen, er
würde England, falls es zu einem militärischen
Vorgehen gegen Bangkok käme, in Kenntnis
setzen, damit England für die Sicherheit seiner
Staatsangehörigen sorgen könnte. Er habe der
englischen Regierung mitgetheilt, wie sehr die
jüngsten Ausstellungen Gueys im Ueberhange ihn
übertraffen hätten. Es sei notwendig erschienen,
die Streitkräfte vor Bangkok in Folge der gleichen
Maßnahmen Englands und der anderen Mächte
zu vermehren. Die Schiffe hätten den Befehl
erhalten, nicht über die Barre des Menamflusses
hinanzugehen, sobald die aus dem Vertrage von
1856 herührenden Rechte gewahrt blieben. Der
Befehl sei nicht rechtzeitig eingetroffen und zwei
kanonische Boote, welche von den Siamen entgegen
dem Volkerecht angegriffen worden wären, hätten
vor Bangkok Anker geworfen. Dewelle erinerte
sodann an den Zwischenfall betreffs des Dampfschiffes
„Jean Baptiste Say“ und schloß, die
Vorgänge in Siam gestatteten nicht ein ferneres
Abwarten, die Ansprüche Frankreichs müßten be-
friedigt und seine Rechte förmlich anerkannt wer-
den. Wenn dem nicht so wäre, so müßten ent-
sprechende Vorkehrungen getroffen werden, und
die Regierung hoffe, daß die Kammer Vertrauen
in ihre Klugheit und Festigkeit haben werde.

Die Rede wurde wiederholt von Beifall unter-
brochen.
Dreyfus und Deloude brachten folgende
Tagesordnung ein: Die Kammer rechne darauf,
daß die Regierung die erforderlichen Maßnahmen
treffen wird, um die Rechte Frankreichs in In-
dochina zur Geltung und Achtung zu bringen
und die unerlässlichen Bürgerpflichten hierfür zu
verlangen.

Die Tagesordnung wurde mit Einstimmig-
keit angenommen.
Im Fortgange der Sitzung richtete Reydet

eine Interpellation an die Regierung, in welcher
er dem Verlangen Ausdruck gab, daß die Soldaten
der Altersklassen von 1889 entlassen würden, um
an den legislativen Wahlen theilnehmen zu können.
Der Ministerpräsident Dupuy erklärte hierauf, es
sei vorläufig der Tag, an dem die Wahlen statt-
finden, nicht festgesetzt und bekämpfte die Forderung
Reydet's, wozu durch Schwierigkeiten für die großen
Majoren entstehen würden. Der Kriegsminister
Vojzillon unterstützte die Ausführungen Dupuy's.
Nach einer ziemlich lebhaften Debatte wurde eine
Tagesordnung angenommen, in welcher von den
Erklärungen der Regierung Kenntnis genommen
und der Entschluß ausgesprochen wird, die Inter-
essen der nationalen Verteidigung zu wahren.
Paris, 18. Juli. Nach einer Meldung des
„Temps“ aus Saigon soll der Kapitän des fran-
zösischen Schiffes „Porfai“ von den Siamen ge-
fangen und mit Erschießung bedroht worden sein.
Der Ministerath beschloß, für den durch die
Daptiste Say“ Schadenertrag zu fordern, ver-
wandten für die Familien der getödteten, verwun-
deten und gefangenen Staatsangehörigen oder Mit-
glieder einer unter dem Schutze Frankreichs stehen-
den Nation. Die Regierung erachte die Rechte
Frankreichs durch die Verträge vollkommen har-
gestellt und die Situation verträge keinerlei
fremde Einmischung. Frankreich handle ohne
Erörungsabsichten und acgte die Unabhängigkeit
Siams.

Paris, 18. Juli. Alle während der jüngsten
Unruhen nach Paris gegangenen Regimenter
wurden heute in ihre Garnisonen zurückgeschickt.

Das italienische Kabinett Giolitti ist allem
Aufsehe nach gewillt, in die Finanzverwaltung
einzelner Städte Ordnung zu bringen. Ein be-
zügliches Telegramm meldet:
Rom, 17. Juli. Das amtliche Blatt ver-
öffentlicht das Dekret der Auflösung des Kom-
munalrathes von Neapel und die Ernennung eines
kommissarischen Kommissars. Der bisherige Kommu-
narath habe es nicht verstanden, die für Neapel und
den Staat hochwichtigen Aufgaben zu lösen und
mache eine ernste und verständige Verwaltung der
Finanzen notwendig.

Spanien und Portugal.
Madrid, 17. Juli. In der heutigen
Cortes-Sitzung erklärte der Minister des Aus-
wärtigen, Moret, in Beantwortung einer Anfrage
von Navarro Reverter, entgegen der Mittheilung
der Zeitungen wären die Handelsvertragsverhand-
lungen mit Deutschland nicht abgebrochen.

Schweden und Norwegen.
Das norwegische Storting hat mit 70 gegen
42 Stimmen beschlossen, daß Einnahmen zwischen
600 und 800 Kronen steuerfrei bleiben sollen.
Ferner nahm das Storting einen Antrag Uag-
mann's an, dahin gehend, daß die Regierung auf
diplomatischem Wege gegen den Bericht des engli-
schen Generalconsuls Widdell über die Dänen
der Stortingmitglieder protestiren solle. Widdell
hatte den Bericht über diese Angelegenheit in einer
Weise abgefaßt, durch welche sich die Mitglieder
des Stornings verletzt fühlten. Der Minister
des Innern, Thorne, erklärte, die Regierung sei
bereit, den Befehl des Stornings der englischen
Regierung zu übermitteln.

Großbritannien und Irland.
Die englische Politik in Siam entwickelt sich
ganz in der gestern an dieser Stelle dargelegten
Weise. Dr. Gladstone hat zu keiner Zeit seines
Lebens für einen Mann gehalten, der es geliebt
hätte, den Stier bei den Hörnern zu packen, und
jetzt, wo er doch in Ja ren ist, und mit der Würde
der irischen Dönerallie belastet, seine staatsmänni-
sche Laufbahn wendet, gläubt es ihn weniger
als je nach auswartigen Konflikten, deren Gegen-
stand und eventueller Stegpreis so wenig be-
stimmt ist, als das siamesische Streitobjekt. Kein
Zweifel, daß England den Franzosen nicht gestat-
tet würde, das siamesische Gebiet ohne weiteres
ihrem indochinesischen Kolonialreich einzuverleiben.
Aber die Unlust, um Siam willen das Schwere
zu ziehen, ist bei allen Engländern, ohne Unter-
schied der Verhältnisse, so groß, daß die Franzosen
es schon sehr ungeschickt anfangen müßten, wegen
der Siamen in ersten Schritt mit dem Insel-
reiche zu gerathen. Man scheint dem auch zu
beiden Seiten d. S. Kanals einzusehen, daß die
Sache all der um sie verhandelten großen Worte
nicht werth ist, und das genügt zur Stärkung der
Zuversicht, daß es der siamesischen Frage nicht
beschieden sein werde, die Brandfackel der Zukun-
ft in die Welt zu schleudern. Wer so subtil
unterscheidet, wie das Foreign Office in seinem
dem Parlamente mitgetheilten diplomatischen
Schriftwechsel, der hat noch eine Menge Stra-
tägeme in petto, die ihm erlauben, unter diesem
oder jenem plausiblen Vorwande dilatorische Politik
zu treiben. Und das ist es gerade, worauf es
Herr Gladstone vor allem anzucommt.
Nur Herr Gladstone geschicht, dann wird sich alles
andere von selbst machen.

London, 17. Juli. In Chatam werden mit
dem größten Eifer die an dem „Hove“ notwen-
dig gewordenen Reparaturen, deren Kosten sich auf
etwa 40 000 Pfund Sterling belaufen, fortgesetzt,
um das Fahrzeug nach Verlauf von drei Mona-
ten dem englischen Mittelmeer-Geschwader ein-
reichen zu können, wo der „Hove“ an Stelle der
gesunkenen „Victoria“ treten soll. Ein unglück-
liches Schiff wird dann ein anderes noch unglücklicheres
ersehen.

Die Lords der Admiralität beschäftigen sich
augenblicklich mit Entwürfen, welche bezwecken,
die kostbare Armirung der verunglückten „Victoria“
dem Meer zu entreißen und aus dem Schiffe zu
retten, was zu retten möglich ist. Die Admiralität
wird förmlich mit Offizieren und Plänen über-
schwemmt, welche der Hebung (I) der „Victoria“
entgehen. Wenn einerseits niemand ernstlich auf
eine solche hoffen darf, muß man freilich auf der
anderen Seite wieder in Betracht ziehen, daß es,
was früher unmöglich, bei den heute zu Gebote
stehenden Mitteln ein Leichtes sein würde, die
„Vanguard“, welche, wie man sich erinnert, von
dem „Iron Duke“ gerammt wurde und sank, zu
heben. Als Aufmunterung für ähnliche Versuche
ist der Triumph anzusehen, den man mit der
Widerflottmachung des schwer beschädigten „Hove“
feiern konnte, obgleich ein Vergleich zwischen diesem
aus Felsen gelaufenen Schiffe und der „Victoria“,
welche mit dem Kiel nach oben auf tiefem Meeres-
grunde liegt, unstatthaft ist.

Aus Malta, wo der „Camperdown“ gedockt
wird, berichtet man, daß bei dem Öffnen der Ab-
theilungen als bis jetzt einziger Ueberbleibsel der
„Victoria“ ein Stück Interkette gefunden wurde.
Da zur Zeit des Zusammenstoßes die Thürren zu
den Abtheilungen vor dem Lagerraum auf dem
„Camperdown“ offen standen, wurde es möglich,
daß in das Fahrzeug gegen 700 Tonnen Wasser
eindrangten.

London, 18. Juli. In der heutigen Sitzung
des Unterhauses erklärte der Parlamentarische
Sekretär des Auswärtigen, Grey, daß nur wenig Neues
aus Bangkok eingetroffen, daß aber das Wenige
insoweit befriedigend sei, als seine neue Feindselig-
keiten vorgekommen wären. Beim Abgang des
letzten Telegrammes herrschte Ruhe.

In der heutigen Sitzung des in Malta ab-
gehaltenen Kriegsgerichts über den Kapitän Bonite
und die anderen überlebenden Offiziere des unter-
gegangenen Kriegsschiffes „Victoria“ sagte der
klagenhörsiger Lord Gifford, als Zeuge vernom-
men, aus, daß nach dem Zusammenstoß Admiral
Tryon ihm erklärt habe, daß das Unglück einzig
und allein durch seine, Tryons, Schuld herbeige-
führt worden sei.

London, 18. Juli. In der gestrigen Sitzung
des Unterhauses nahm die fortgesetzte Einzel-
beratung der Homeoffice-Vorlage einen ungewöhnlich
ruhigen Verlauf. Klausel 27, betreffend die Amt-
dauer, Gehälter und Pensionen der Richter und
Beamten in Irland, wurde mit unvorstelligen
Abänderungen abstimmungslos der Vorlage ein-
verleibt. Bei Klausel 28, betreffend die Stellung
der Zivilbeamten in Irland nach Annahme des
Homeofficegesetzes, gab Morley eine Erklärung der
Regierung ab, der zufolge die Stellung der irischen
Zivilbeamten während der ersten fünf Jahre nach
Herstellung der Homeoffice-Regierung keine Aende-
rung erleidet. In der Vorlage waren ursprüng-
lich nur drei Jahre dafür vorgeschrieben.

Nach einer Meldung des „Standard“ aus
Shanghai vom 17. Juli verweigerte die chinesische
Regierung die Schadloshaltung für die Ermor-
dung der schwedischen Missionare Wilsford und
Johannsen in Sienpu. In Wafsenverfammlun-
gen der Ausländer in Shanghai und Hankow
wurden energische Resolutionen gefaßt, welche die
Großmächte auffordern, einzuschreiten, die chinesi-
schen Behörden zu nöthigen, die Verträge zu
achten, den Vizekönig und den Gouverneur zu be-
strafen. Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen,
daß die Mordthaten in Sienpu an dem Doppel-
mord mehr oder weniger indirekt betheiligt waren.

Afrika.
Das Sultanat Witu tritt wieder mehr
in den deutschen Gesichtskreis. Die deutsch-
ostafrikanische Gesellschaft besitzt beinahe das
gesamte Witu-Königreich, welches das ehemalige
Witu-Königreich von den Gebirgen
Denhardt faulle. Als die Engländer jene Küste
übernahmen, machte die deutsch-ostafrikanische Ge-
sellschaft Anspruch darauf, daß ihr für das ihr ge-
hörige Stück Land volle Hoheit zugesprochen werde,
daß das fragliche Gebiet also nicht dem neuen
englischen Schutzgebiet zugetheilt würde. Das
wurde nicht anerkannt, und die Gesellschaft scheint
daher für das ihr seit 1890 zugesessene Land
ebenfalls wenig etwas gethan zu haben, wie früher
die Witu-Gesellschaft. Jetzt soll nun eine Faktorei
vort an der Wituküste errichtet und eine Be-
setzung des Gebietes eingeleitet werden. Man
setzt besondere Hoffnungen darauf, daß die britisch-
ostafrikanische Gesellschaft ebenso wie Uganda auch
Witu aufgeben wird. Das Land würde also eine
englische Kronkolonie werden und die Herrschaft
einer Erwerbs-Gesellschaft aufhören. Da nach den
1890er und früheren Verträgen der Handel auf
dem Lande und den Flüssen allen Völkern frei-
steht, so hofft man mit Hilfe des Tana in gute
Verbindung zu den Hinterländern der Galla,
Somali u. s. w. zu kommen. Der Gedanke ist
gut, und es wäre zu wünschen, daß sich die
Hoffnungen der deutschen Gesellschaft erfüllen;
es würde das ein eigentümliches Geschäft und
eine gewisse Bereicherung für uns sein, wenn wir
jenseit Kanibsch, den wir an England ohne
jeden Grund und ohne Entschädigung abgaben,
nun nach drei Jahren wirtschaftlich wiedergewon-
nen und aus ihm einen dauernden Nutzen zögen,
während wir früher dabei nur zusetzten. Be-
sonders treiben dort schon auf dem englischen
Witu-gebiete Deutsche mit Erfolg Baumwollenbau.
Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft hat beinahe
im vorigen Jahre eine Faktorei auf der Insel
Koffi-Be an der Nordwestküste von Madagaskar
errichtet und macht mit ihr bessere Geschäfte als
an der deutsch-ostafrikanischen Küste. Vielleicht
gelängt es ihr in Witu in gleicher Weise.

In der letzten Tagen wurde von der
„Räumung“ Witus seitens der deutsch-ostafrikanischen
Gesellschaft berichtet. Es hat damit nicht
mehr auf sich, als mit der Räumung Ugandas:
die englische Regierung tritt in Witu an die
Stelle der Gesellschaft, welche durch den Tod
Macinnons offenbar denjenigen ihrer Leiter ver-
loren hat, der in Darafsalam Herrschaftsansprüche
für die Gesellschaft verlor. Am 15. ging von
Sanjibar aus General Hatch mit Truppen nach
Mombasa auf dem Wege nach Witu ab. Bei
seiner Ankunft werden sich ihm die Generale
Redd und Matthews anschließen. Witu wird
unter die Verwaltung des Sanjibar-Protectorats
gestellt.

Die zwischen Dr. Peters und dem englischen
Konul Smith geführten Verhandlungen über die
Bestimmung der deutsch-englischen Grenze in Ost-
afrika, die bisher einen ziemlich schlafenden
Fortgang genommen hatten, weil Konul Smith
von der englischen Regierung neue Instruktionen
hatte einholen müssen, werden binnen Kurzem be-
endet sein. Zwischen Deutschland und England
ist insbesondere der nordöstliche Theil des Kilimands-
chargebirges, Amangelia, streitig. Die britisch-
ostafrikanische Gesellschaft hatte auf diese Wan-
dschaft Ansprüche erhoben, die Dr. Peters, als er
im Sommer 1891 als kaiserlicher Kommissar nach
dem Kilimandschargebiet kam, nicht anerkannte,
so daß sich die beidenseitigen Regierungen zur Ein-
setzung einer gemeinsamen Grenzregulirungs-
Kommission entschlossen. Wenn es letzten in
einem Theile der Presse heißt, die jetzt in Berlin
geführten Schlussverhandlungen drohen einen für
Deutschland unzulässigen Verlauf zu nehmen,
indem voraussichtlich Taveta nicht Deutschland
zugeprochen werden würde, so ganz diese Meldung
von der letzten Voransetzung aus, daß Deutsch-
land Ansprüche auf Taveta erheben darf. Taveta
ist unbestritten englischer Besitz. Wie uns von
zwei.lässiger Seite mitgetheilt wird, hat Deutsch-



